Gastkommentar. Nachdenken über eine Maschinensteuer und mögliche andere Grundlagen zur Finanzierung des Staates.

Echte Reformen werden wehtun

VON CASPAR EINEM

Ist, wer unter den Bedingungen voranschreitender Digitalisierung der Wirtschaft, unter den Bedingungen der sich entwickelnden Roboterisierung von Produktion, Handel und Logistik, über die künftige Finanzierung der Staatsfunktionen und der sozialen Sicherheit nachdenkt, automatisch ein Linker?

Man kann freilich glauben, dass diese Entwicklungen nicht dazu führen werden, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren, dass nur statt einfacher Arbeiter künftig mehr Datenanalysten beschäftigt sein würden. Und wenn, dann gäbe es auch kein Problem mit der Finanzierung. Sie könnte auch weiter in erster Linie zu Lasten der Arbeitskosten erfolgen. Bloß die Beschäftigung der zu gering Qualifizierten würde ein zunehmendes Problem.

Allerdings gibt es schon heute Wettbewerbsprobleme für die exponierte Wirtschaft durch die hohen Lohnnebenkosten. Das führt immer wieder zur Forderung aus Unternehmerkreisen, sie müssten gesenkt werden. Und auch da gibt es dann unterschiedliche Rezepturen.

Wer glaubt, die Lohnnebenkosten könnten einfach ohne negative Effekte für die Finanzierung der staatlichen Einrichtungen und der sozialen Sicherheit gesenkt werden, irrt. Da muss es massive Einsparungen geben. Wenn es um substanzielle Einsparungen geht, muss auch an Stellen gekürzt werden, an denen es wehtut. Das kann dann bei den Leistungen für Kranke, Alte, Arbeitslose geschehen und täte in erster Linie den Schwächsten in der Gesellschaft weh.

Föderalismus zurückstutzen

Es könnte aber auch bei den von den Betroffenen mit Zähnen und Klauen verteidigten Kosten der Bundesländerverwaltung geschehen – Zurückstutzen oder Beseitigen des Föderalismus in seinen üppigen Formen. Oder es muss über andere Lösungen nachgedacht werden. Um klein zu beginnen, könnte etwa die Grundsteuer deutlich angehoben werden. Das ist eine Bagatell-Vermögenssteuer, aber mit dem Vorteil, dass man Grundstücke nicht im Ausland verstecken kann. Nicht bloß diese Tatsache spricht gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer alter Form.

Kostengünstiger beschäftigen

Im Gegenzug könnte man etwa die Kommunalsteuer abschaffen. Beide Maßnahmen fänden im Bereich der Gemeindefinanzierung statt. Auf diese Weise würden die Arbeitskosten entlastet und Grundvermögen – immer noch sehr behutsam – stärker belastet. Ist das eine linke Forderung? Sie hat jedenfalls einen Vorzug: Hier würde Zug um Zug belastet und entlastet – und zwar mit dem Ziel, die Beschäftigung von Menschen kostengünstiger zu machen und daher die Unternehmen wettbewerbsfähiger.

Nach dem gleichen Muster muss über die künftige Finanzierung von Staat und sozialer Sicherheit nachgedacht werden. Es geht nicht um eine Zusatzsteuer auf Maschinen. Es geht um eine verbreiterte oder andere Steuergrundlage. Arbeitskosten müssen bei dieser Gelegenheit gesenkt werden, im Gegenzug eine neue Basis zur Finanzierung der sozialen Sicherung geschaffen werden.

Neuer Stil in der Bundesregierung wäre, wenn über diese Fragen ernsthaft gesprochen und schließlich gehandelt würde. Bei allen hier nur angedeuteten Maßnahmen gibt es Betroffene und deren Anhänger, die aufschreien werden. Dazu ist bloß zu sagen: Von *der* Sorte Reform, die keiner spürt, haben wir zuletzt genug gehabt. Jetzt geht es um substanzielle Maßnahmen, die da und dort wehtun werden, die es aber bei guter Vorbereitung wert wären, angegangen und realisiert zu werden. Für diese Regierung ist es sonst endgültig zu spät.

Caspar Einem (* 1948 in Salzburg), angeblich ein Altlinker, war von 1995 bis 1997 Innenminister, danach bis 2000 Wissenschafts- und Verkehrsminister. Derzeit Präsident des Österreichischen Instituts für Internationale Politik.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Weltfremd rudert die EU durch das Mittelmeer

Gastkommentar. Auf der Suche nach Lösungen für die Migration greift man zu alten Blaupausen. Doch die Politik müsste neue Antworten wagen.

VON KARIN KNEISSL

Die deutsche Bundesregierung bezeichnet so manch humorvoller Brite nur mehr als „the Hippie government". Ist es Verzweiflung ob der vielen deutschen Alleingänge, die den Rest Europas vor den Kopf stoßen? Oder ist es Verachtung für die Weltfremdheit, die in Berlin wieder einmal herrscht?

Die pragmatischen Angelsachsen verstehen die deutschen Utopisten einfach nicht, die diesmal nicht von der Romantik, dem Kommunismus und anderen fatalen Heilsideen schwärmen, sondern offene Grenzen predigen. London wusste schon, warum man am Schengen-Abkommen nicht teilnahm. Als Kanzlerin Angela Merkel im September 2015 europäisches Recht über Nacht außer Kraft setzte, hat sie den britischen EU-Kritikern und damit der Brexit-Kampagne Auftrieb gegeben.

Dass mit dem unkontrollierten Zuzug von Flüchtlingen und Migranten auch Terroristen nach Europa gelangen würden, war absehbar. Jeder Terroranschlag und das europäische Lavieren – vom Kniefall in Ankara bis zu hohen Strafen für nichterfüllte Aufnahmequoten – bestätigt die EU-Kritiker in ihren Positionen und bringt dem Austrittsvotum Punkte. Trotzig rügt Merkel, dass die anderen unsolidarisch seien. Auch die Hippie-Bewegung von einst sah die Welt durch die rosarote Brille und sich selbst moralisch überlegen.

Inzucht und anderer Unfug

Für den ehemaligen britischen Außenminister und Brexit-Befürworter David Owen ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis ein großes europäisches Land kollabieren wird. Lord Owen hat hierbei die Wirtschaft im Auge, und er macht Deutschland scharfe Vorwürfe in der Handhabung der Krisen – von der Einheitswährung bis zur Migration. Im Visier hat er den wesentlichen Architekten dieser Politik, Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Dieser lässt in der aktuellen Ausgabe der „Zeit" mit kruden Thesen aufhorchen: „Die Abschottung ist doch das, was uns kaputtmachen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe. Für uns sind Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt." Im Geburtsland von Charles Darwin lernt man in der Schule noch die Grundlagen zu Evolution und Inzucht, an der Deutschland sicher nicht krankt.

In der „FAZ" fragt sich Christian Geyer, eine der mutigen Stimmen, angesichts dieser Wortwahl: „Ist die politische Degenerationsthese nun die politische Antwort auf das fehlende Einwanderungsgesetz? Dass die Sicherung der europäischen Außengrenzen völkischer Inzucht Vorschub leistet?"

Schäuble rutscht dieser Vergleich im genehmigten Zeitungsinterview nicht als derber Humor heraus. Abgesehen davon, dass diese Diagnose Ausdruck tiefer Verachtung für die eigenen Bürger ist, bringt die Einschätzung uns der ❯

PIZZICATO

Sag mir, wo die Buden sind …

Die 1990er gelten im heutigen Russland als stockdunkles Jahrzehnt, als Zeit der Wirren, abgelöst glücklicherweise von der Putin'schen Ära der Stabilität. Die Demütigung eines stolzen Volkes, der machtlose Staat, die gierigen Oligarchen, der trunkene Jelzin: An all das erinnert man sich nicht gern. Nun hat sich Moskau des letzten Überbleibsels dieser Epoche entledigt: der Buden.

Die Buden russischen Typs kommen in vielen Formen und Farben vor. Man kann sie als Aluminiumkioske auf öffentlichen Plätzen sehen oder als schmale gläserne Showrooms in den Unterführungen. Hier wird angeboten, worauf man sonst gern vergisst oder was man anderswo nicht finden kann: Nagelzwicker, Feuchttücher, Socken, Fliegengitter, Feuerzeuge, Strumpfhosen, Handyakkus. Die Buden sind der Nukleus der russischen Marktwirtschaft.

Weil aber von den 1990ern nichts bleiben soll als schlechte Erinnerungen, hat man den Buden unlängst den Garaus gemacht: Bagger haben sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion demoliert, Glasscheiben wurden eingeschlagen, Händler mussten fliehen. Wo sie sich verstecken, ist ungewiss. Wo man jetzt den überlebensnotwendigen Krimskrams herkriegen soll, weiß niemand.

Ein Luxusproblem, finden Sie? In Moskau kennt man dafür ein anderes Wort: Defizit. (som)

Reaktionen an: **jutta.sommerbauer@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Unterrichten heute ist so schwierig wie nie zuvor

„Was strebt die Bildungspolitik an – und was davon kann sie halten?", „Quergeschrieben" von Kurt Scholz, 14. 6.
Eine von der Uni Wien durchgeführte Untersuchung aller Studien, die das Gelingen von Schule zum Inhalt haben, hat ergeben, dass für das Erreichen der Lernziele durch möglichst alle Schüler zu mehr als 80 Prozent das „Tun der Lehrer", also der Unterricht an sich, bestimmend ist und nicht strukturelle Aspekte, wie Scholz suggeriert.

Heute wird nicht selten ein und dieselbe Klasse von einem Lehrer als zwar lebendig, aber sehr engagiert und positiv empfunden, von anderen aber als unausstehlich gewertet. Diese „Schere" zwischen Lehrern offenbart sich auch in Diskussionen, wenn einerseits konstatiert wird, „in einer Klasse mit mehrheitlich nicht deutschmuttersprachigen Kindern kann man keinen vernünftigen Unterricht halten", und diesem Diktum andere Lehrer die Position entgegensetzen: „Wie bitte? Wo ist das Problem?"

Faktum ist, dass das Unterrichten heute so schwierig geworden ist wie nie zuvor. Heute braucht es andere, deutlich mehr und flexiblere pädagogische Werkzeuge als in der Vergangenheit.
Prof. Ernst Smole, 1080 Wien

Wiener Hauptbahnhof ist gut erreichbar

„Fragwürdige Strategie der ÖBB-Verkehrspolitik", „Quergeschrieben" von Gudula Walterskirchen, 13. 6.
Schon vor seiner Fertigstellung war die Darstellung, wonach der neue Wiener Hauptbahnhof schlecht an die U1 angebunden sei, ein Unsinn. Da sich Hunderttausende Fahrgäste seit Monaten ihr eigenes Bild machen, ist der Vorwurf, man müsse „mindestens eine Viertelstunde" gehen, nur noch absurder.

Fakt ist, dass S-Bahn, Straßenbahn und Bus direkt vor dem Hauptbahnhof halten und die unterirdische Passage den Bahnhof direkt mit der U1 verbindet. Die Wege sind ähnlich lang wie jene am Westbahnhof, in Wien Mitte oder an anderen europäischen Großbahnhöfen. In „mindestens einer Viertelstunde" ist man zu Fuß schon bei der übernächsten U-Bahn-Station. Oder mit der U1 irgendwo zwischen Schwedenplatz und Praterstern.
Dominik Gries,
Pressesprecher der Wiener Linien

Mehr solche Ausgaben

Spezialausgabe „Europameister" vom 11. 6.
Liebes Team, die Samstagsausgabe ist großartig. Die Serie der „Europameister" aus den verschiedenen Perspektiven betrachtet sollte kontinuierlich erscheinen ❯